

20. 6. 97

DIE HARKE · NIENBURGER ZEITUNG

# Entscheidung der Landesregierung derber Rückschlag CDU über Deponiesicherung

**Hannover/Münchehagen** (re). Am Rande der laufenden Plenumssitzungen des Niedersächsischen Landtags hat sich die CDU-Fraktion kritisch zum veröffentlichten Konzept der Landesregierung geäußert, die Giftmülldeponie in Münchehagen in abgespeckter Form sichern zu wollen. Zwar begrüßen die Christdemokraten grundsätzlich eine Sicherungsentscheidung. Doch sie bemängeln, daß die Landesregierung vom Zielepapier abgewichen sei, welches die am Münchehagen-Verfahren Beteiligten in einer achtjährigen Mediation mühsam erarbeitet hätten.

Die CDU will die Sache um Umweltausschuß des Landtages thematisieren und fragen, ob ausschließlich finanzielle Gründe dazu geführt haben, auf eine kontinuierliche Wasserhaltung zu verzichten. In der Vergangenheit habe die SPD-Landesregierung immer wieder unterstrichen, aus finanziellen Gründen würden am Sicherungskonzept keine Abstriche gemacht.

Die Teilnehmer des Mediationsverfahrens „müssen sich als wenig ernst genommen vorkommen, wenn ihre Arbeit von der Umweltministerin stets republikweit als beispielhaft herausgestellt wurde, auf welche die Landesregierung aber offensichtlich kleinen Wert lege“, hieß es gestern aus Hannover.

„Münchehagen war auf dem Weg, endlich aus den Schlagzeilen zu kommen. Die Entscheidung der Landesregierung ist ein derber Rückschlag“, erklärte Willi Heineking (Landesbergen), der auch in diesem Zusammenhang auf den Streit zwischen Umweltministerin Monika Griefahn und Ministerpräsident Gerhard Schröder hinwies: Schröder habe auf bindende Kabinettentscheidungen und auf seine Richtlinienkompetenz gepocht.